

Gegen Extremismus und Totalitarismus

Der Kreistag fordert alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte auf, sich zusammen mit den demokratischen Parteien deutlich gegen extremistische und totalitäre Tendenzen zu stellen. Wir stehen im Kreis Warendorf zusammen für eine freiheitliche, demokratische, rechtsstaatliche und soziale Lebensform, für den antitotalitären Konsens und gegen jeden Links- und Rechtsextremismus. Es sind die totalitären Ansätze in extremistischen Parteien, die den demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat bedrohen.

Kennzeichnend für Extremismus und Totalitarismus ist ein Herrschaftsanspruch, der auf absolute Machtausübung zielt und das für die liberale Demokratie charakteristische Wechselspiel von Mehrheit und Minderheit außer Kraft setzt. Die Totalitarismusforschung hat – trotz aller gravierenden Unterschiede – verblüffende Gemeinsamkeiten der ideologischen Antagonisten auf der extremen Linken und Rechten herausgearbeitet.

Antifaschismus und Antikommunismus haben sich zu einem antitotalitären Konsens nach der zweiten Demokratiegründung in Deutschland nach 1945 verbunden. Der antitotalitäre Konsens findet im gleichen Abstand gegenüber links- und rechtsextremistischen Bestrebungen seine Fortsetzung. Erosionstendenzen des Antitotalitarismus und Antiextremismus steuern wir gegen, um den Bestand des demokratischen Verfassungsstaates dauerhaft zu sichern.

Der gerade in Frankfurt am Main begonnene Strafprozess im Mordfall Lübcke macht deutlich, dass nach der langen Auseinandersetzung über linke Gewalt seit den 1970er Jahren die neue große Gefahr rechter Gewalt lange unterschätzt worden ist. Wir wehren uns mit aller Kraft dagegen, ein politisches Klima der Angst zu schaffen!

In der zweiten deutschen Demokratie haben die Gemeinden, Städte und Kreise als lokale und regionale Akteure der Politik dabei eine besondere Verantwortung, zu der wir uns bekennen.

Warendorf, 16. Juni 2020